

Die neue Welt nach Amerika

In der Amtszeit von Präsident Bush hätten die USA enorm an Prestige eingebüßt, sagt der Amerika-Experte Günter Bischof. Das begrenze in der Georgien-Krise die Optionen.

HELMUT L. MÜLLER

INTERVIEW

Von einer Neuaufgabe des Kalten Kriegs will Günter Bischof, Historiker an der Universität New Orleans, im SN-Gespräch nicht reden. Aber der Österreicher sieht in der Georgien-Krise frappierende Ähnlichkeiten etwa zum Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in Prag 1968.

SN: Auf Russlands Einmarsch in Georgien haben die USA mit scharfer Rhetorik reagiert. Aber die Gegenmaßnahmen sind bis jetzt zurückhaltend. Bedeutet das, dass die Optionen der USA begrenzt sind?

Bischof: Heute sind die Optionen Amerikas sehr begrenzt, weil die USA im Irak und in Afghanistan stark engagiert sind. Das erinnert an die These des Historikers Paul Kennedy, dass sich die USA in einer Phase der strategischen Überdehnung befänden. Deswegen können sie die verschiedenen Krisen gar nicht alle parallel bewältigen.

SN: Spiegelt der Verlauf des Kaukasus-Konflikts somit globale Machtverschiebungen?

Bischof: Das ist wahrscheinlich das wichtigste Erklärungsmuster, wenn man sich diese Krise anschaut. Der amerikanische Publizist Fareed Zakaria hat gerade ein bedeutendes Buch veröffentlicht. Es heißt „The Post-American World“, die Welt nach Amerika. Die Hauptthese dieses Buches ist genau das, was wir im Moment beobachten können: „The rise of the rest“, den Aufstieg also der restlichen Welt. Dabei ist vor allem an China und Indien zu denken, aber auch an Länder wie Brasilien und eben Russland.

Ein anderer Autor (Parag Khanna) nennt das den Aufstieg der „zweiten Welt“. Dazu gehören Mitteloststaaten wie der Iran, aber auch südamerikanische Länder wie Venezuela. Sie alle machen es für die USA viel schwieriger, wie bisher eine Hegemonie auszuüben. Ein relativer Machtverlust der USA ist schon zu konstatieren.

SN: Inwieweit ist dieser Machtver-



Kaukasus-Konflikt überraschte USA: Präsident Bush, flankiert von Außenministerin Rice und Pentagon-Chef Gates. Bild: SN/EPA

lust der Vereinigten Staaten auf die Amtszeit von Präsident George W. Bush zurückzuführen?

Bischof: Das Ansehen Amerikas hat durch die Politik des Präsidenten Bush und der Neokonservativen ungeheuer gelitten. Der künftige Präsident wird es schwer haben, diesen Prestige- und Machtverlust der USA wieder wettzumachen. Die „soft power“, die weiche Macht Amerikas, hat starke Einbußen hinnehmen müssen – nicht hingegen die „hard power“, die Militärmacht der USA.

„Druck der übrigen Welt kettet den Westen wieder zusammen“

Daher rate ich gegenüber der bisweilen geäußerten Befürchtung, dass den USA ein „Niedergang“ (decline) drohe, zur Vorsicht. Die Vereinigten Staaten sind noch immer bei Weitem die größte Militärmacht der Welt. Sie geben allein für militärische Aufgaben mehr aus als die nächsten 15 Länder zusammen.

SN: Gibt es noch den Westen in bisher gekannter Weise? Zeigen sich

nicht in der Georgien-Krise ähnliche Bruchlinien in der NATO wie zuvor beim Irak-Konflikt?

Bischof: Ich glaube schon, dass es ein Wertesystem gibt, das den Westen weiterhin verbindet. Vor allem dürfte der Druck, der jetzt vom Rest der Welt entsteht, den Westen wieder zusammenschweißen. Der Aufstieg neuer Mächte wird die alten Allianzmuster wieder stärken.

Natürlich ist ein Trend festzustellen, dass die osteuropäischen Mitglieder der NATO – wie Polen und Tschechien, aber auch die baltischen Staaten – eine amerikafreundlichere Politik betreiben als die alten Mitglieder der Atlantischen Allianz. Aber das liegt daran, dass diese Staaten – wie in Prag 1968 – eine ganz andere geschichtliche Erfahrung gemacht haben und daraus andere Schlüsse ziehen.

SN: Ist Europa neben den USA schon ein eigenständiger globaler Akteur?

Bischof: Wir debattieren ja schon seit zehn Jahren über Robert Kagans These vom Gegensatz Mars (Amerika) versus Venus (Europa). Demnach setzt Europa, im Kontrast zur militärischen Stärke der USA, in erster Linie auf diplomatische Mittel, um Konflikte zu vermeiden oder zu schlichten.

Natürlich ist die EU eine der größten Wirtschaftsmächte der Welt. Aber wenn man nicht bereit ist, in militärische Fähigkeiten zu investieren, um Macht auch außerhalb des eigenen Einflussbereichs zu projizieren, kann man nicht als Weltmacht auftreten. Ich habe freilich den Eindruck, dass die Europäer das auch gar nicht wollen. Sie haben im Augenblick genug zu tun, um den Balkan zu befrieden.

SN: Wie ist denn im Wahljahr 2008 die Stimmung in den USA? Und welcher der beiden Präsidentschaftskandidaten profitiert mehr von der vorherrschenden Stimmungslage?

Bischof: Es gibt in den USA eine gewaltige Enttäuschung über den amtierenden Präsidenten. George W. Bush ist die am längsten dienende „lahme Ente“ in der amerikanischen Geschichte. Denn seit den Kongress-Zwischenwahlen 2006 hat dieser Präsident nur noch wenig politischen Erfolg verzeichnet. Die Stimmung ist vor allem auch charakterisiert durch die wirtschaftliche Krisensituation. Deshalb überwiegt in Amerika die Ansicht, dass es eine Erneuerung des Landes geben müsse – wie es Barack Obama mit seiner „Change“-Parole ausdrückt. Im Augenblick sind die

ZUR PERSON

Politisches System der USA ist erneuerungsfähig

Soeben hat er in Alpbach ein Seminar über transatlantische Beziehungen geleitet. Morgen, Sonntag, nimmt Günter Bischof beim Europäischen Forum an einer Podiumsdiskussion über das Verhältnis

zwischen den USA und der EU teil. Bischof lehrt als Historiker an der Universität New Orleans. Der Vorarlberger (Jahrgang 1953) gibt dem Präsidentschaftsbewerber Barack Obama gute Chancen. Dass ein vor Kurzem Unbekannter so rasch derart aufsteigen könne, zeige die Erneuerungsfähigkeit des politischen Systems in den USA, betont Bischof im SN-Gespräch. Der Seufzer in Europa: Hätten wir doch auch so charismatische Politiker, die der politischen Kultur neues Leben einhauchen könnten!



GÜNTER BISCHOF

Amerikaner geneigt, einem neuen Gesicht in der Politik eine Chance zu geben.

Allerdings kann diese Stimmung in weltpolitischen Krisen wieder kippen. Daher bleibt abzuwarten, ob sich die aktuelle Krise in den nächsten Monaten eindämmen lässt. Ansonsten könnte in Amerika das Argument zum Zug kommen, dass man im Weißen Haus einen Mann mit außenpolitischer Erfahrung wie John McCain brauche. Jedenfalls werden Wirtschaft und Außenpolitik (Irak, Afghanistan) jene Themen sein, die die Wahl im Herbst entscheiden.

SN: Wie wird sich der Wechsel im Weißen Haus auf Amerikas Außenpolitik auswirken?

Bischof: Wenn McCain gewählt wird, wird es wahrscheinlich ähnlich weitergehen wie unter Bush. Vor allem wird sich wenig ändern in Bezug auf den Irak. Auch ein Präsident Obama wird nicht sofort mit dem Rückzug aus dem Irak beginnen. Aber bei ihm dürfte es eine politische Perspektive geben, dass sich die USA in zwei bis vier Jahren aus dem Irak zurückziehen. Es wird aber darauf ankommen, inwieweit der Irak eigene Sicherheitskräfte aufbauen kann.

OHNE Protokoll

Wie viele Häuser haben die McCains?

US-Präsidentschaftskandidat John McCain hat sich im Wahlkampf eine Blöße gegeben: Auf einer Kundgebung in New Mexico wusste der Republikaner keine Antwort auf die Frage eines Journalisten, wie viele Häuser er mit seiner Frau Cindy besitze. „Ich glaube, äh...“, sagte er am Mittwoch, ehe er fortfuhr: „Meine Berater werden sich bei Ihnen melden.“ Der zweite Anlauf auf eine Antwort scheiterte ebenfalls: „Da gibt es Wohnungen, die, äh... Sie werden von uns hören.“ Laut Medien besitzen die McCains sieben Immobilien in den USA. Cindy McCain ist Erbin eines Millionenvermögens. Die Demokraten nutzen McCains Lapsus, um dessen Wirtschaftspolitik zu kritisieren. „Wenn jemand nicht einmal weiß, wie viele Häuser er besitzt, überrascht es auch nicht, dass er die Wirtschaft für gesund hält“, sagte Rivale Barack Obama. Für ihn kam die Retourkutsche gelegen: McCain versucht ja, Obama als elitär und bürgerfern zu präsentieren.

USA peilen Abzug aus dem Irak an

Zieldatum ist Ende 2011 – Abkommen Washingtons mit Bagdad klärt aber längst nicht alle Fragen

THOMAS J. SPANG

WASHINGTON (SN). In einer Kehrtwende ihrer bisherigen Politik hat die US-Regierung erstmals Zeitpläne für einen Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak zugestimmt. Beide Seiten einigten sich auf einen Mehrstufenplan, der eine graduelle Verringerung der US-Streitkräfte vorsieht. Die Umsetzung der „angestrebten Zielmarken“ bleibt abhängig von der konkreten Sicherheitslage im Irak.

Das Abkommen sieht in der ersten Stufe bis 30. Juni 2009 den Rückzug aller Kampftruppen der USA aus den Städten und Dörfern des Iraks vor. In einer zweiten Stufe sollen dann bis zum 31. Dezember 2011 die verbliebenen US-Truppen das Land verlassen. Davon nicht berührt werden allerdings Trainingseinheiten der USA, die auf Wunsch der Iraker weiterhin beim Aufbau und Ausbildung der eigenen Streitkräfte mithelfen.



Amerikas Abzug hängt davon ab, wie stark Sicherheitskräfte des Irak sind. Bild: SN/AP

Der Durchbruch kam bei einem Überraschungsbesuch der amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice am Donnerstag in Bagdad. In einer mehr als dreistündigen Sitzung räumten Rice und der irakische Ministerpräsident Nuri el-Maliki letzte Hindernisse aus dem

Weg. Während Maliki davon abrückte, auf Ende 2010 als Zielmarke für den Truppenabzug zu beharren, machten die USA Zugeständnisse bei Fragen, die die Souveränität des Irak berühren. „Wir haben ein sehr gutes Abkommen“, sagte Rice und lobte so das Ergebnis der Verhand-

lungen, die im Frühjahr noch vor scheinbar unüberwindbaren Hindernissen gestanden waren. „Die USA haben sich sehr weit bewegt.“ Damit spielt die Außenministerin auf die Bereitschaft Washingtons an, Zeitpläne in die Vereinbarung mit aufzunehmen.

Bis vor Kurzem noch hatte US-Präsident George W. Bush Zeitpläne als unverantwortlich abgelehnt. Maliki überraschte die US-Regierung, als er beim Besuch des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Barack Obama im Juli dessen Plan für einen Rückzug innerhalb von 16 Monaten – also bis 2010 – nachdrücklich unterstützte.

Das Abkommen muss im Irak noch verschiedene Hürden nehmen, bevor es vom Parlament in Bagdad „abgesegnet“ werden kann. Geklärt werden muss darüber hinaus noch der endgültige Status der amerikanischen Truppen im Irak nach Ablauf des UNO-Mandats Ende dieses Jahres.